



Antragsmappe
2. Schüler*innenparlament
der Lsv 2024/25

Tagesordnung

8:00 Check-in

9:00 Begrüßung

9:15 Tagungsbeginn-Vormittag

12:00 Mittagessen

13:00 Tagungsbeginn-Nachmittag

16:00 Tagungsende & Verabschiedung

Antragsverzeichnis

1. Midlife-crisis mit 14 garantiert!
2. Schule allen, die drin lernen!
3. Lasst uns Diskutieren!
4. Antrag: Gegen Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe!
5. Finanzbildung jetzt! Zukunftskompetenz für die Oberstufe
6. Für eine gerechtere Bildung: Einführung der Gesamtschule statt frühzeitiger Selektion
7. Bunte Bildung – Vielfalt als Stärke
8. Gesunde Schule schafft Gesunde Gesellschaft!
9. Hitzefrei!
10. Tampons und Binden statt Tabus: Kostenlose Periodenprodukte für Schulen
11. Nie wieder ist jetzt
12. Schulsupportpersonal: Qualität statt Quantität
13. Bekenntnis zu unserer Demokratie
14. „Keinen Platz für Benachteiligungen in unserem Bildungssystem“
15. Was wir essen macht uns doch viel mehr aus!
16. Wir bewegen uns rückwärts
17. Berufsschulen sind nicht der Plan B
18. Respekt zeigen, Rassismus bekämpfen
19. Ist Norwegen in der EU?
20. Mehr Praxis wagen!
21. My Body. My Choice. My Knowledge.
22. Weil wir nicht mit den Geräten von gestern über das heute lernen wollen
23. Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule
24. Sei eine Avocado!
25. Antrag: Das schulische Klima! Wir müssen jetzt handeln...
26. „Keinen Platz für Benachteiligungen in unserem Bildungssystem“
27. Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule

Antrag 1 - Midlife-crisis mit 14 garantiert!

Sekundarstufe 1 erfolgreich abgeschlossen - aber was nun?

Jeder und jede Oberstufenschüler*in oder Lehrling stand bereits schon einmal vor dieser Entscheidung. Aber wie sollte man die perfekte Entscheidung treffen, wenn wir nicht wissen, welche Wege uns zur Verfügung stehen und wo wir die Komfortzone verlassen können, um uns selbst zu entfalten? So schreibt auch unser Bildungsministerium im Falle von einem frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbruch: "Ein Abbruch vermindert spätere Lebens- und Berufschancen und trägt langfristig dazu bei, dass persönliche Risiken wie Gesundheitsgefährdung, soziale Ausgrenzung oder Arbeitslosigkeit über die Lebensspanne hinweg hoch sind." (<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/bef/schulabbruch.html>) Ob man also durch vermehrte Informationsmessen, Schulbesuchen von weiterführenden Schulen, Universitäten & Unternehmen und Girls- & Boys' Days die Fehlentscheidungen & die damit einhergehenden negativen Auswirkungen reduzieren könnte? Garantiert. Indem Salzburgs Schulen den Fokus auf die Aufklärung legen, welche Optionen ihre Schüler*innen nach der Sekundarstufe 1 haben, oder besser gesagt hätten, könnte man diese massiven Probleme im Bereich der frühzeitigen Zukunftsorientierung präventieren.

Wir möchten, dass sich die Schüler*innen in Salzburg gut informiert auf ihrem Weg in die Zukunft fühlen. Zusammengefasst möchten wir, dass Schüler*innen eine ausgewogene Wahl für ihre Zukunft treffen können!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Bewerbung von Girls Days und Boys Days an Salzburgs Schulen
- Verpflichtender Besuch der Schul- und Berufsinformationsmesse in der Sekundarstufe 1
- Mehr Auskunft in der Sekundarstufe 1 über mögliche Lehrberufe im Bundesland Salzburg
- Eine Online-Auskunft der Bildungsdirektion für Salzburg, die die verschiedenen Anbieter für Informationsveranstaltungen und Workshops klar auflistet.

Antrag 2 - Schule allen, die drin lernen!

Franz Foßl, PG der Herz-Jesu Missionare

Die Teuerung betrifft alle! Auch uns Schüler_innen. Bildung muss für alle zugänglich sein, unabhängig von der finanziellen Situation der Schüler_innen.

Sexismus, Rassismus und Klassismus. Das sind nur einige der Diskriminierungsformen mit denen Schüler_innen in ganz Österreich tagtäglich konfrontiert werden. Dabei zeigt sich klar, auch wenn Versprechungen immer wieder anderes behaupten: Schule in Österreich ist nicht für alle. Auch statistische Daten belegen die traurige Realität: Nur 37% der Kinder aus Arbeiter_innen-Haushalten legen die Matura ab, während es in Akademiker_innen- Haushalten ganze 81% sind. Darüber hinaus beginnen lediglich 7% der Kinder aus Arbeiter_innen-Haushalten ein Masterstudium, im Vergleich zu 25% der Kinder aus Akademiker_innen-Haushalten. Diese Zahlen verdeutlichen, was schon immer klar war: Bildung hängt in Österreich von der sozialen Herkunft ab. Das ist eine Tatsache, die wir so nicht mehr länger hinnehmen können. Es ist an der Zeit, dieser Ungleichheit entgegenzuwirken.

Es ist allzu oft die Geldbörse der Eltern, die darüber entscheidet, wie unsere Bildung aussieht. Auch wenn der Schulbesuch an sich zwar kostenlos ist, entstehen nichtsdestotrotz im Laufe einer Schullaufbahn zahlreiche Nebenkosten, die finanziell schwächere Familien erheblich belasten können. Es gibt zahlreiche Kosten die Familien selbst tragen müssen. Das fängt beim Kauf von Schulmaterialien wie Heften, Taschen und Taschenrechnern an und zieht sich bis zur Schulreisen durch. Die Schulkostenstudie der Arbeiter_innenkammer zeigt, Familien geben bis zu zwei Monatsgehältern für diese finanziellen Aufwände aus. Was diese ohnehin schon fatale Situation nicht besser macht, ist die Teuerung. Von der Regierung gibt es diesbezüglich kaum Entlastungen, wenn überhaupt, dann nur in der Form von Einmalzahlungen. Insbesondere die Kosten für Schulausstattung und Schulfahrten stellen eine extreme Mehrbelastung für sozioökonomisch schwächere Familien dar. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise für Schulartikel in Handelsketten durchschnittlich um 4,6 Prozent gestiegen und im Papierfachhandel sogar um 7 Prozent. Obwohl das Schulstartgeld und die Schulbeihilfe jährlich an die Inflation angepasst werden, decken diese Maßnahmen nur einen Teil der erforderlichen Unterstützung ab.

Um Chancengerechtigkeit in der Bildung zu gewährleisten, muss jetzt gehandelt werden!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Ausweitung und Entbürokratisierung der Schulbeihilfe
- Ausweitung der Schulbuchaktion auf Übungsbücher, Hefte, Taschenrechner, Schreibmaterialien etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich Schulveranstaltungen wie Ausflügen, Sprachreisen, kostenpflichtige Workshops etc.
- Gratis Öffi-Tickets für alle Schüler_innen Salzburgs

Antrag 3 - Lasst uns Diskutieren!

Jonas Jetzl, Werkschulheim Felbertal

Leute, wir stehen hier vor einem echten Problem. Das wurde mir klar, als ich erfahren habe, dass viele, dazu noch wahlberechtigte, Schüler:innen an meiner Schule ihre politischen Informationen hauptsächlich aus TikTok-Kurzvideos oder Instagram beziehen. Wie gefährlich das jedoch sein kann, wissen wir, denke ich, alle.

Es ist höchste Zeit, dass wir aktiv werden und unseren Mitschüler:innen wenigstens einen Anstoß geben, sich mehr mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Etwas, das greifbar ist, etwas, bei dem wir im direkten Austausch mit Vertretern mehr über die Themen erfahren können, die uns wirklich betreffen. Der Lösungsansatz, den ich fordere, ist: Podiumsdiskussionen.

Podiumsdiskussionen an Schulen sind ein wichtiger Schritt, um die Neugierde der Schüler:innen zu wecken und sie aus dem Desinteresse zu holen. Politische und demokratische Bildung sollte an unseren Schulen einen zentralen Stellenwert einnehmen, um allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, politisches Wissen zu erlangen und eine eigene Meinung zu formen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, das Angebot an politischen Debatten auszubauen – idealerweise an jeder einzelnen Schule. Ich bin fest davon überzeugt, dass regelmäßige Auseinandersetzungen mit aktuellen politischen Fragestellungen das Interesse an Wahlen und an einer aktiven politischen Partizipation erheblich fördern werden.

Österreichs Schulen sollten Orte der freien Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Schuljahr sollte dennoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Es ist jedoch zu erwägen, dass diese Diskussionen während des regulären Unterrichts abgehalten werden, sodass Schüler:innen selbst entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Wir fordern mehr neutral aufbereitete Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um allen Schülerinnen und Schülern in Österreich die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene politische Meinung zu bilden.

Antrag 4 - Gegen Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe!

Luis Schlager, Bg/Brg Hallein

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft – aber genau dort, wo sie am meisten Unterstützung brauchen, wird jetzt gespart. Die Salzburger Landesregierung plant eine Kürzung von rund einer Million Euro im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Das betrifft vor allem betreute Wohneinrichtungen, die jungen Menschen Schutz und Stabilität bieten, wenn sie nicht mehr in ihrer Familie leben können.

Aktuell sind das in Salzburg ca. 700. 700 Kinder und Jugendliche, bei denen diese Häuser oft der einzige sichere Ort für sie sind, sei es aufgrund von Vernachlässigung, Gewalt oder anderen schwierigen Lebensumständen. Einsparungen in diesem Bereich gefährden nicht nur die Qualität der Betreuung, sondern auch das Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Und obwohl das Sozialressort das Gesamtbudget um 7 Millionen Euro erhöht hat, bleiben doch einige zentrale Fragen offen:

Wie wird sichergestellt, dass alle Trägerorganisationen – auch jene ohne Rücklagen – weiterhin hochwertige Betreuung leisten können?

Welche Auswirkungen haben die Einsparungen auf die Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen, die eh jetzt schon so oft überlastet sind?

Und die Wichtigste Frage: Warum wird an einer der sensibelsten Stellen gespart, während in anderen Bereichen neue Projekte finanziert werden?

Studien zeigen, dass eine stabile und qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendhilfe langfristig sogenannte gesellschaftliche Folgekosten reduziert. Wer in junge Menschen investiert, beugt sozialen Problemen, psychischen Erkrankungen, Bildungsabbrüchen und späterer Armut vor. Kürzungen in diesem Bereich sind deshalb nicht nur unsozial, sondern auch kurzsichtig und wirtschaftlich unsinnig!

Wir Junge Menschen, wir brauchen Sicherheit und Perspektiven – nicht Zukunftsblinde Budgetkürzungen!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die sofortige Rücknahme der geplanten Budgetkürzungen für die Kinder- und Jugendhilfe.
- Transparenz über die Mittelverwendung der insgesamt 73 Millionen Euro im Bereich Kinder- und Jugendhilfe.
- Die Einberufung des Kinder- und Jugendhilfebeirats, um die Auswirkungen der Kürzungen zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.
- Die Stärkung des Kinder- und Jugendrats, damit auch wir eine gute Möglichkeit zur Mitsprache haben.
- Ein klares Bekenntnis der Salzburger Landesregierung zur langfristigen Absicherung der Kinder- und Jugendhilfe.

Antrag 5 - Finanzbildung jetzt! Zukunftskompetenz für die Oberstufe

Konstantin Thomayer, Tourismusschule Bad Hofgastein

Wir alle stehen früher oder später vor wichtigen finanziellen Entscheidungen. Sei es der erste Handyvertrag, ein eigenes Konto, das erste selbstverdiente Geld oder später Kredite, Versicherungen und Investitionen. Doch in der Schule lernen wir kaum, wie wir unser Geld klug verwalten, wie wir finanziellen Fallen aus dem Weg gehen oder wie wir langfristig Wohlstand aufbauen können. Die Folgen davon sind dramatisch: Junge Menschen verschulden sich früh, geraten in finanzielle Abhängigkeiten oder können ihre eigenen Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen.

Wir leben in einer Welt, in der finanzielle Bildung nicht mehr nur eine Option ist, sondern eine Notwendigkeit. Ohne das richtige Wissen bleiben viele von uns anfällig für unseriöse Angebote, hohe Kreditkosten oder gar Altersarmut. Die Schule soll uns auf das Leben vorbereiten, doch genau hier fehlt es an einem entscheidenden Baustein: Finanzbildung.

Meine Vision: Wir fordern eine bessere und praxisnahe Finanzbildung für die Oberstufe, die uns wirklich auf die Herausforderungen der realen Welt vorbereitet. Wir brauchen Wissen über Kontoführung, Steuern, Versicherungen, Kredite, Investitionen und nachhaltigen Umgang mit Geld. Kein trockenes Theoriewissen, sondern praxisnahe Einblicke und echte Vorbereitung auf das Leben!

Unsere Initiative (seitens der LSV): Wir sind bereits dabei, eine Kooperation mit dem **Financial Life Park (FLiP)** aufzubauen, einem einzigartigen Lernort für Finanzbildung. Hier erhalten junge Menschen interaktive und spannende Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge, um fundierte Entscheidungen über ihr eigenes Geld treffen zu können. Doch das allein reicht nicht – Finanzbildung muss ein fester Bestandteil unseres Schulalltags werden!

Wir fordern euch auf, diesen Antrag zu unterstützen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass unsere Generation finanziell selbstbestimmt in die Zukunft gehen kann. Unsere Bildung soll uns nicht nur auf Prüfungen vorbereiten, sondern auf das echte Leben.

Lasst uns gemeinsam handeln – für eine Zukunft, in der wir selbst die Kontrolle über unser Geld und unsere Entscheidungen haben!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- **Verpflichtender Finanzbildungsunterricht** in der Sekundarstufe II, integriert in bestehende Fächer oder als eigenes Modul.
- **Verpflichtender Workshop eines Gastvortragendes (1x pro Schuljahr)**, um wertvolle Einblicke aus der Praxis zu bekommen.
- **Kooperation mit dem Financial Life Park (FLiP)**, um praxisnahe Workshops und Exkursionen zu ermöglichen.

Antrag 6 - Für eine gerechtere Bildung: Einführung der Gesamtschule statt frühzeitiger Selektion

Noah Gaderer, hak: zwei Salzburg

Das derzeitige differenzierte Schulsystem, welches Schüler*innen bereits im jungen Alter in verschiedene Schulformen aufteilt, birgt zahlreiche Nachteile und führt zu einer frühzeitigen und oft unfairen Selektion. Diese Trennung erfolgt im Regelfall nach der vierten Klasse Volksschule und ist oft nicht nur eine Frage der schulischen Leistung, sondern auch von sozialem Hintergrund und familiärer Unterstützung abhängig.

Wissenschaftliche Studien und Forschungsergebnisse stützen diese Kritik:

PISA-Studien (Programme for International Student Assessment) der OECD haben mehrfach gezeigt, dass Länder mit Gesamtschulsystemen oft eine höhere Bildungsfairness und geringere soziale Unterschiede bei den Lernergebnissen aufweisen.

In Ländern mit stark selektiven Schulsystemen zeigt sich hingegen, dass der sozioökonomische Hintergrund der Schüler*innen einen größeren Einfluss auf die Schulleistungen hat.

Bildungsberichte des **Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung** (DIPF) weisen darauf hin, dass selektive Schulsysteme soziale Ungleichheiten verstärken können.

Kinder aus bildungsferneren Haushalten haben es oft schwerer, in höher bewertete Schulformen zu gelangen, während Kinder aus bildungsnahen und einkommensstarken Haushalten tendenziell bevorzugt werden.

Studien des **Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung** zeigen, dass frühe Selektion, wie sie in differenzierten Schulsystemen praktiziert wird, oft zu einer Verstärkung von sozialen Ungleichheiten führt. Eine spätere Entscheidung über Bildungswege und eine längere gemeinsame Schulzeit erhöhen die Chancengleichheit.

Eine Gesamtschule, welche die Unterstufe ersetzt, könnte diese Ungleichheiten überwinden, indem sie allen Schüler*innen eine gleichwertige und umfassende Bildung ermöglicht.

In diesem Modell würden alle Schüler*innen, wie bisher, zunächst die Volksschule besuchen. Anstatt jedoch bereits im Alter von zehn Jahren eine Entscheidung für ihren weiteren Bildungsweg zu treffen, die ihre Zukunft maßgeblich prägt, würden alle Schüler*innen nach der Volksschule in eine gemeinsame Gesamtschule wechseln. Es ist absurd, von Kindern in so jungem Alter zu erwarten, dass sie sich für einen Bildungsweg entscheiden, der oft ihre beruflichen Möglichkeiten und Chancen für den Rest ihres Lebens beeinflusst. Eine Gesamtschule würde diese frühe, richtungsweisende Entscheidung unnötig machen und stattdessen allen

Schüler*innen die Möglichkeit geben, ihre Talente und Fähigkeiten über einen längeren Zeitraum hinweg zu entwickeln. In der Gesamtschule werden Schüler*innen unabhängig von ihrer vermeintlichen Leistung oder sozialen Herkunft gemeinsam unterrichtet, was nicht nur den sozialen Zusammenhalt stärkt, sondern auch eine gerechtere und umfassendere Förderung ermöglicht. Dadurch können die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes besser zur Geltung kommen, ohne dass die Stigmatisierung bestimmter Schulformen ihnen im Weg steht.

Nach der Gesamtschule steht es den Schüler*innen frei, sich für das derzeitige Oberstufenmodell zu entscheiden, welches eine breite Palette an individuellen Möglichkeiten bietet, sei es ein Lehrberuf, ein Gymnasium, eine berufsbildende Schule (BMS/BHS), oder ein anderer weiterführender Bildungsweg. Somit bleibt die Vielfalt der Oberstufenbildung erhalten, während gleichzeitig eine gerechtere und faire Grundlage für alle Schüler*innen in der Volksschule und Unterstufe geschaffen wird.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Das Salzburger Schüler*innenparlament fordert eine Abschaffung des derzeitigen differenzierten Schulsystems in der Unterstufe, welches Schüler*innen bereits frühzeitig in verschiedene Bildungswege aufteilt.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament spricht sich für die Einführung einer Gesamtschule aus, welche die differenzierte Unterstufe ersetzt.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament unterstützt die Beibehaltung des aktuellen Oberstufenmodells, das individuelle und vielfältige Bildungsmöglichkeiten bietet, nachdem eine gemeinsame Gesamtschule durchlaufen wurde.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament setzt sich für mehr Ressourcen (Personell und Finanziell) zur Förderung und Unterstützung der Schüler*innen und Lehrer*innen ein, um eine bestmögliche Bildung und einen bestmöglichen Arbeitsplatz für alle zu gewährleisten.

Antrag 7 - Bunte Bildung – Vielfalt als Stärke

Katharina Gamperer, WRG Salzburg

Während die meisten Kinder und Jugendlichen in dem Sexualkundeunterricht in ihren Schulen repräsentiert werden und sie eine Bildung erhalten, die ihnen in der Entwicklung ihrer Sexualität und Identität weiterhilft, gehen einige Personen leer aus: queere Menschen.

Zwar wird in den Bildungseinrichtungen mittlerweile das Thema der Homosexualität knapp angesprochen, aber darüber hinaus wird wenig über queere Themen informiert.

Verhütung beispielsweise ist ein Thema, das häufig noch immer aus heteronormativer Sicht erklärt wird. Queeren Personen wird so das Wissen über angemessenen Schutz verwehrt, ihnen wird suggeriert, dass ihre sexuelle Sicherheit und Realität weniger wichtig seien als jene von nicht-queeren Menschen. Ist es da noch erstaunlich, wenn viele queere Personen sich wundern müssen, ob mit ihnen – ihrer Sexualität oder Identität – Etwas nicht stimmt?

Und wenn dann doch einmal queere Realitäten im Sexualunterricht angesprochen werden, so führt das meistens zu Scham. Scham von Lehrkräften, Scham von Schüler*innen, sodass das ganze Thema eine Negative Behaftung bekommt. Diese Scham gilt es, mit aller Kraft zu bekämpfen, sodass sich Menschen endlich trauen können, offen über ihre Queerness zu sprechen!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Im Zuge von Sexualkunde queere Bildung in der Schule miteinzubauen (ab spätestens der 8. Schulstufe).
- Verpflichtende Fortbildungen für Biologie-Lehrkräfte zum Thema Queerness
- Workshops von Expert*innen, die das Thema aus eigener Perspektive beleuchten können.
- Eine Anlaufstelle in jeder Schule für Fragen rund um das Thema Queerness, die einem die Möglichkeit bietet, sich schamlos zu informieren.

Antrag 8 - Gesunde Schule schafft Gesunde Gesellschaft!

Felix Wimmer, Akademisches Gymnasium Salzburg

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler: innen fühlten sich allein gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute haben Zukunftsängste. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler: innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen [1] . Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt [2] .

Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog: innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog: innen an Schulen, die den Schüler: innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog: innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler: innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede:n Schüler: in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler: innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler: innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psychologinnen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den salzburger Schulen beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler: innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ: innen Fortbildungen mit Expert: innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer: innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler: innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Salzburgs mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV Salzburg kann hier nach Anfrage Organisationen, die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines/r Schüler: in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.

[1]

https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf

[2]

<https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>

Antrag 9 - Hitzefrei!

Marton Peterfi, BHAK I Salzburg

Auch in Österreich wird es immer wärmer und wärmer. Besonders in der Stadt hat es ab Juni des Öfteren über 30°, vereinzelt sogar 35°. 1 Studien2 belegen, dass bereits ab 26° die Konzentrationskraft nachlässt.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- „Hitzefrei“ – Schulfrei ab einer Außentemperatur von 30° oder einer Innenraumtemperatur von 28°
- Maßnahmen zur Kühlung von Klassenräumen im Sommer, wie etwa die Verbesserung der Isolierung oder die Installation von Klimaanlage

10. Tampons und Binden statt Tabus: Kostenlose Periodenprodukte für Schulen

Viktoria Weigl, Modeschule Hallein

Menstruation ist kein Luxus – aber für viele ein finanzielles Problem. Während auf Schultoiletten Toilettenpapier und Seife selbstverständlich gratis zur Verfügung stehen, müssen Binden und Tampons weiterhin selbst bezahlt und ständig mitgeführt werden. Dabei betrifft die Periode etwa die Hälfte der Bevölkerung.

Dennoch sind Periodenprodukte nach wie vor kostenpflichtig und oft schwer zugänglich. Das führt dazu, dass viele Schüler*innen während ihrer Periode mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind oder sogar dem Unterricht fernbleiben müssen.

Periodenarmut ist ein ernstzunehmendes Problem, das nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Bildungschancen vieler junger Menschen beeinträchtigt. Tampons und Binden sind im Gegensatz zu selbstverständlich kostenlosem und verfügbarem Toilettenpapier noch immer keine Grundausstattung. Es ist an der Zeit, diese Ungleichbehandlung zu beenden. Schätzungen zufolge gibt eine Frau in ihrem Leben zwischen 3000 und 17000 Euro für ihre Periode aus - eine finanzielle Belastung, die insbesondere Jugendliche oft nicht ohne weiteres stemmen können.

Verschiedene Schulen in Salzburg haben bereits Initiativen gestartet, um kostenlose Menstruationsprodukte anzubieten. Diese Projekte sind jedoch oft von der Zustimmung der Schulleitung abhängig und beschränken sich meist auf „Notfallboxen“, die nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen.

Eine langfristige, flächendeckende Lösung ist notwendig, denn Menstruation ist Alltag, und die dazugehörigen Produkte müssen es auch sein.

Ein weiteres Problem ist die nach wie vor unzureichende Aufklärung über die Menstruation. Das Thema wird im Unterricht oft nur am Rande behandelt und mit biologischen Grundlagen abgetan. Aspekte wie gesellschaftliche Stigmatisierung, finanzielle Belastung und nachhaltige Alternativen finden kaum Platz im Lehrplan. Eine umfassendere Bildung ist notwendig, um Vorurteile abzubauen und allen Schüler*innen ein selbstverständlicheres Verhältnis zur Menstruation zu ermöglichen.

Denn Menstruation ist das einzige Blut, das nicht aus Gewalt entsteht - und doch ist es das Blut, das dich am meisten ektelt.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte (Binden und Tampons) in den Toiletten aller Salzburger Schulen.
- Eine Erweiterung der schulischen Aufklärung zur Menstruation, um gesellschaftliche Tabus zu brechen und für mehr Bewusstsein zu sorgen.
- Workshops und Sensibilisierungskampagnen in den Schulen, um alle Schüler*innen über die gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Aspekte der Menstruation aufzuklären und Vorurteile abzubauen.

Antrag 11 - Nie wieder ist jetzt

Carolin Huber, Musisches Gymnasium

„Ihr seid nicht dafür verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder passiert, dafür schon.“

„Damals hat es genauso angefangen. Ihr müsst jetzt handeln.“

Jeden Sonntag besuche ich meine Oma und neben den Standard-Oma-Sätzen, wie „Isst du eh genug, mein Kind?“ „Läuft in der Schule eh alles gut.“ und den allgemeinen Klatsch und Tratsch über die vermeintlichen Liebschaften der Nachbarn, höre ich vor allem in letzter Zeit immer öfters diese beiden Sätze.

Und auch wenn man oftmals Ratschläge von älteren Generationen nur mit einem Augenverdrehen erträgt, müssen wir uns diesen Einen wirklich zu Herzen nehmen. Denn immer häufiger werden die antisemitischen Vorfälle weltweit und leider auch in Österreich.

Gewaltvolle Angriffe, antisemitische sowie faschistische Schmierereien und NS-Parolen sind leider traurige Realität. Mobbing sowie Drohungen aufgrund von religiöser oder kultureller Herkunft werden schrecklicherweise alltäglich.

Auch in den sozialen Netzwerken häufen sich besorgniserregende Posts. Posts, die gezielt Minderheiten diskriminieren, die NS-Zeit verharmlosen und Hass gegen bestimmte Menschengruppen schüren.

Genauso nützen immer häufiger faschistische Parteien und Bewegungen die sozialen Medien, um ihre veralteten Denkweisen unter Jugendliche zu bringen und mit den allgegenwertigen Zukunftsängsten Hass gegen Minderheiten zu schaffen. Selbst in Österreichs Schulen hört man leider viel zu oft von antisemitischen Fällen. Darunter auf Tische gekritzelte NS-Zeichen, sogenannte „Witze“ über die Shoah, das Unterstützen von faschistischen Parteien sowie das Zeigen des Hitler-Grußes.

Diese Ereignisse sind einerseits zu tiefst besorgniserregend, aber auch im Hinblick unserer Vergangenheit einfach nur beschämend. Es ist eine Schande, dass man immer mehr Parallelen zu der Zeit vor 80 Jahren ziehen kann, zu viele selbst Zeitzeug:innen überhören, wenn sie sagen, dass es damals genauso angefangen hat und faschistische Parteien bei jeder Wahl immer mehr an Beliebtheit erlangen.

Das darf so nicht weitergehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Lage weiter zuspitzt und sich die Geschichte wiederholt. Es bedarf jetzt an präventiver Aufklärung, um unsere Demokratie zu erhalten und um die Vergangenheit aufzuarbeiten. Denn Österreich war Täter.

Deshalb fordere ich verpflichtende Workshops von schulexternen Personen über den Faschismus, der den Grundstein für die NS-Zeit gelegt hat.

Zudem sollen Klassen verpflichtet sein Gedenkstätten zu besuchen und sich mit ihrer eigenen Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Denn es reichen nicht nur harte Zahlen und Fakten, sondern wir müssen tiefer gehen und nach dem „Warum?“ sowie den sozialen und politischen? Hintergründen fragen, um das Schlimmste zu verhindern.

Stehen wir gemeinsam für unsere Demokratie auf. Denn wer in der Demokratie schläft, wacht im Faschismus auf.

Kein Vergeben, kein Vergessen.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Präventiv- Arbeit zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte im Bezug auf die NS-Zeit im Unterricht
- Verpflichtender Besuch von Gedenkstätten
- Workshops von schulexternen Personen im Bezug auf den weltweiten Rechtsruck sowie den Parallelen mit dem Aufstieg des Faschismus vor 80 Jahren
- Auseinandersetzung mit der eigener Geschichte

Antrag 12 - Schulsupportpersonal: Qualität statt Quantität

Viktoria Starlinger, BAFEP Salzburg

Die Klasse meiner Freundin wurde vorsätzlich in einen Workshop im Zuge des Unterrichtes über Teambuilding für die Diplomarbeit gesetzt. Bei diesem sollte es um Teamfindung und die richtige Arbeit im Team gehen. Den Workshop hält eine Person aus dem Schulsupportpersonal jedoch ist diese mit ihrer Ausbildung als Psychotherapeutin noch nicht fertig. Bei dem Workshop stellt sie die ganze Klasse vor unangenehme und unangemessene fragen. Wer ihr antwortet und es nicht ihrer Meinung entspricht, wird von ihr bloßgestellt. Es hat zum Gegenteil des gewollten geführt und einer negativen Einstellung gegenüber dem Supportpersonal.

In vielen Schulen besteht ein wachsender Bedarf an zusätzlicher Unterstützung, sei es in der Verwaltung, in der Inklusionsarbeit oder bei der Betreuung von Schülern. Doch während der Ruf nach mehr Personal laut wird, darf ein entscheidender Faktor nicht übersehen werden: **Qualität ist wichtiger als Quantität.**

Schulsupportpersonal spielt eine essenzielle Rolle im Bildungsalltag. Dazu gehören Schulsozialarbeiter, pädagogische Fachkräfte, Verwaltungspersonal oder IT-Support. Sie unterstützen Lehrkräfte, fördern Schüler individuell und sorgen für einen reibungslosen Ablauf im Schulbetrieb. Doch diese anspruchsvolle Arbeit erfordert mehr als nur Präsenz – sie braucht fundierte Qualifikationen.

Einfach nur mehr Personal einzustellen, reicht nicht aus, wenn es nicht über die nötige Qualifikation verfügt. Anstatt auf Quantität zu setzen, sollten Bildungssysteme in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften investieren. Denn nur mit gut ausgebildetem Schulsupportpersonal kann Schule ein Ort sein, an dem Lernen und Entwicklung optimal gefördert werden. Qualität muss vor Quantität stehen – im Interesse aller.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Eine Auswahl von qualifizierten Schulsupportpersonals

Antrag 13 - Bekenntnis zu unserer Demokratie

Marcus Gallei, BG Zaunergasse

Demokratie braucht Partizipation! Demokratie braucht Aufklärung! Demokratie braucht Bildung! Demokratie braucht Resilienz! Demokratie muss gelebt werden!

Unser Ziel muss sein eine starke und resistente Demokratie zu sein.

Aber wie kann man dieses gesellschaftliche Ziel erreichen? Es gibt wohl kaum einen besseren Weg als durch Schulen, durch Bildung. Alle, jede*r Einzelne, besucht irgendwann einmal die Schule. Wir haben also die Chance in der Schule, hin auf dem Weg zu einer stärkeren Demokratie, alle zu erwischen. Keine Maßnahmen haben eine so breite und langfristige Wirkung, wie jene im Bereich Schule & Bildung. Bildungspolitik hat Einfluss auf die ganze Gesellschaft. Machen wir uns doch diese Möglichkeit im Sinne der Demokratie zu nutzen!

Demokratie kann man in der Schule hautnah miterleben und dafür könnt ihr als Schüler*innenvertretung sorgen. Gerade im letzten Monat haben in Salzburg mehrere schulinterne Schüler*innenparlamente stattgefunden – diese Entwicklung ist ein Lichtblick für unsere Schuldemokratie. Ich kann von meiner Schule sprechen: Wir hatten vier Stunden inhaltliche Debatte und man hatte die Möglichkeit, dass wirklich alles mal zur Sprache kommt. Jede*r bekam eine Chance zur Partizipation. Ich möchte, dass schulinterne Schüler*innenparlamente mehr sind, größer sind, ein fester Bestandteil unseres Schuljahres sind. Das wünsch ich mir für alle Schulen. Deswegen Ja zu schulinternen Schüler*innenparlamenten!

Genauso ist es mir wichtig in diesem Antrag - auch wenn diese Forderung schon seit Jahren steht, es scheitert leider an der Politik – die Wichtigkeit eines eigenen Schulfaches „Politische Bildung“ zu unterstreichen. Ein Schulfach, in dem man aufgeklärt wird, wie politische Systeme sowohl in der Theorie als auch in der Praxis funktionieren. In diesem Fach sollen ebenfalls Vor- & Nachteile von Social Media sowie Medienkunde Einzug finden. Deswegen Ja zu politischer Bildung als eigenes Schulfach!

Und zum Schluss möchte ich noch auf eine Forderung der stimmenstärksten Partei bei der Nationalratswahl 2024 eingehen: Die Forderung nach einer Lehrer*innenmeldestelle. Es ist zu verurteilen, dass man versucht Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gegeneinander auszuspielen. Wir sollten uns gegen den Generalverdacht gegenüber allen Lehrpersonen aussprechen. Die freie Meinungsäußerung ist ein fester Bestandteil jeder Demokratie. Dieses Recht darf auch in der Schule nicht ignoriert werden. Deswegen Nein zu Lehrer*innenmeldestellen!

Bekennen wir uns heute gemeinsam zu dem wertvollsten Gut unserer Gesellschaft: Der Demokratie.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Workshops zu politischer Bildung & der Geschichte der Demokratie in Österreich
- Politische Bildung als eigenes Schulfach ab der Sekundarstufe 1
- Aufklärung im Unterricht über die durch Social-Media ausgehenden Gefahren für eine Demokratie
- Ein Leitfaden der LSV Salzburg für schulinterne Schüler*innenparlamente
- Ein Schreiben der Bildungsdirektion für Salzburg an alle Direktionen, in dem erklärt wird, dass schulinterne Schüler*innenparlamente stets zu ermöglichen sind
- Die Landesregierung soll in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion einen Schwerpunkt auf (Schul-)Demokratie und politische Bildung legen
- Keine Lehrer*innenmeldestellen an Salzburgs Schulen

Antrag 14 - „Keinen Platz für Benachteiligungen in unserem Bildungssystem“

Alexandra Zivkovic, BG/BRG Zell am See

Jede:r in unserem Schulsystem ist gleich viel wert. Ein Satz der dem ein oder anderen bekannt sein sollte. Tagtäglich wird in unserem Bildungssystem von Chancengerechtigkeit gesprochen – doch davon sind wir Meilen weit entfernt.

Wie bereits bekannt haben Schüler und Schüler:innen mit einer Lese-Rechtschreibstörung enorme Probleme beim Lesen und beim Rechtschreiben, Schüler:innen mit Dyskalkulie (DK) haben hingegen Probleme beim Verständnis und Anwenden von Zahlen, genauso wie mit dem Zeitmanagement und mit dem räumlichen Denken. Wichtig ist, dass jedes Kind mit einer Lese-Rechtschreibstörung (LRS) oder Dyskalkulie eine passende und fördernde, aber vor allem individuelle Lern- und Lebensbedingungen erhält.

Wichtig zu erwähnen ist, dass im Schnitt in jeder österreichischen Schulklasse 1-2 Kinder mit LRS oder DK sitzen. Ebenso zeigen aktuelle Studien der OECD-Studien, dass bis zu 20% unserer Schüler:innen Schwierigkeiten beim Verstehen einfacher Texte haben und 5-7% sind von Problemen mit Zahlen betroffen. Es muss Aufgabe der Schule sein auf die Bedürfnisse & Schwierigkeiten der Schüler:innen mit LRS und DK einzugehen und dementsprechend zu handeln.

Aber wie genau geht unser Bildungssystem dagegen voran? Nun ja, alle Schüler:innen mit Legasthenie – insbesondere auf höheren Schulstufen - haben das Recht auf zeitgemäße Hilfsmittel zur Überprüfung der Schreibrichtigkeit. Ebenso dürfen Schularbeiten und andere schriftliche Prüfungen nicht nach Art und Anzahl der Rechtschreibfehler benotet werden und es werden individuelle Förderpläne und spezialisierte Lernmaterialien angeboten. Schüler:innen mit einer Dyskalkulie haben das Recht auf individuelle Förderpläne und mehr Zeit bei Prüfungen, Lernhilfen & spezielle Trainings für Lehrer:innen sind ebenso vorhergesehen. Es sollte auf keinen Fall vorkommen, dass Schüler:innen aufgrund ihrer Teilleistungsschwäche benachteiligt werden oder von Lehrpersonen gesagt bekommen, dass eine höhere Schule nichts für die Betroffenen wäre.

Doch hier stellt sich mir die Frage wie viele unsere unzähligen Lehrpersonen davon Bescheid wissen und wie viele aktiv diese Hilfsmittel anbieten. Das ich alleine schon in meinem Umfeld mit 2 Händen zählen kann wie oft diese Hilfsmittel ignoriert oder erst gar nicht erwähnt werden – enttäuscht mich enorm.

Es ist höchste Zeit, dass jede und jeder Schüler und Schülerin das Recht auf Hilfsmittel hat. Ebenso sollte es selbstverständlich sein, dass jede und jeder Legastheniker und Dyskalkuliker Zugang auf eine Legasthenie/Dyskalkulie-Therapie hat und diese auch bekommt – und nicht aufgrund seiner finanziellen Lage darauf verzichten muss.

Uns allen ist es ein Anliegen, dass jede:r Schüler:in die bestmöglichen Chancen für seine/ihre Schullaufbahn hat und, dass jede und jeder von uns gleiche Möglichkeiten hat. Also lasst uns gemeinsam Stein an Stein legen und allen Schüler:innen Salzburgs die gleichen Möglichkeiten geben!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Aufklärung von Legasthenie & Dyskalkulie an alle Lehrer:innen Salzburgs und dessen Hilfsmittel für mehr Chancengerechtigkeit
- Fördergeld für betroffene Schüler:innen für eine Legasthenie- & Dyskalkulie Therapie
- Verpflichtende Schulungen zu Legasthenie & Dyskalkulie für Lehrer:innen

Antrag 15 - Was wir essen macht uns doch viel mehr aus!

Sara Karahodzic, Caritas Schule

Ernährungsbildung spielt eine entscheidende Rolle für die körperliche und geistige Gesundheit von Schülerinnen und Schülern. Derzeit wird dieses Thema meist nur am Rande im Biologie- oder Kochunterricht behandelt, was dazu führt, dass viele Jugendliche ohne ausreichendes Wissen über gesunde Ernährung, nachhaltigen Konsum oder die Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten auf Umwelt und Gesellschaft die Schule verlassen. Eine verstärkte und strukturierte Auseinandersetzung mit diesem Thema ist daher von großer Bedeutung.

Ein praxisnahes und interdisziplinäres Ernährungsbildungskonzept kann dabei helfen, das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schärfen. Neben gesundheitlichen Aspekten sollten auch wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimensionen berücksichtigt werden. Eine tiefere Verankerung dieses Themas im Schulalltag könnte dazu beitragen, nachhaltige und bewusste Konsumententscheidungen zu fördern und langfristig einen gesünderen Lebensstil zu ermöglichen.

Eine fundierte Ernährungsbildung in der Schule ist essenziell, um Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine gesunde und nachhaltige Lebensweise zu vermitteln. Durch praxisnahe Unterrichtskonzepte und gezielte Projekte können sie lernen, bewusste Entscheidungen zu treffen, die nicht nur ihrer eigenen Gesundheit, sondern auch der Umwelt zugutekommen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen würde einen entscheidenden Beitrag zur Förderung einer gesundheitsbewussten und verantwortungsvollen Gesellschaft leisten.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Eingliederung des Themas Ernährungsbildung in der Sekundarstufe I sowie Sekundarstufe II, Berufsschulen und sonstigen Schulformen Salzburgs, dass sowohl theoretische als auch praktische Aspekte umfasst
- Fächerübergreifende Integration der Ernährungsbildung in Biologie, Geografie, Wirtschaftskunde und Kochunterricht, um die Relevanz aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.
- Verpflichtende Workshops und Projekte mit externen Expertinnen und Experten (Köchen, Landwirten, Wissenschaftlern, etc.) einmal in der Sekundarstufe I sowie einmal in der 9. Schulstufe an Salzburgsschulen
- Unterstützung für Schulprojekte wie Schulgärten, Kochkurse oder Ernährungstage, um den direkten Bezug zur Ernährung im Alltag zu stärken.

Antrag 16 - Wir bewegen uns rückwärts

Sarah Seywald, HAK Zell am See

Ja, wir bewegen uns rückwärts. Und das meine ich, wenn ich mir unser gesellschaftliches Verständnis von Demokratie anschau. Das meine ich aber auch, wenn ich auf die Reproduktion von Geschlechterstereotypen – in Gesellschaft und vor allem Schule – blicke. Ob es nun Vorschläge bezüglich einer „Herdprämie“ sind oder die Unterrepräsentation von FLINTAs in MINT-Berufen.

Gleichberechtigung sollte doch eigentlich schon längst als zentrales Prinzip in unserer Gesellschaft verankert sein. Auch wenn viele meinen, wir würden in einem Land leben, in dem Gleichberechtigung selbstverständlich ist, ist dies leider nicht der Fall. Das lässt sich nicht nur an dem Sexismus erkennen, dem weiblich gelesene Personen tagtäglich begegnen, sondern auch mit Zahlen belegen:

- 44 Tage sind es, die Frauen jedes Jahr kostenlos arbeiten
- 12 % beträgt der Gender-Pay-Gap laut Statistik Austria 1
- 40 % sind es sogar beim Gender-Pension-Gap 2

Doch nun stellt sich die Frage: Was haben zum Beispiel Pensionen mit unserem Schulsystem zu tun? Ganz schön viel. Der Grund, wieso dieser Gender-Pension-Gap so gravierend ist und zur Pensionsarmut vieler FLINTAs führt, liegt zum Beispiel im Geschlechterverhältnis von MINT-Berufen. Doch warum ist der FLINTA-Anteil in diesen Berufen so gering? Weil sich FLINTAs oft weniger zutrauen. Und woran liegt das? Weil ihnen von klein auf beigebracht wird, sie seien schwächer, emotionaler und für solche Berufe einfach nicht geeignet.

Doch nicht nur Unterrepräsentation in Berufsfeldern ist ein Problem, sondern auch unbezahlte Care-Arbeit. Und auch hier lässt sich das Ungleichgewicht wieder in Zahlen belegen:

- Die Hälfte der gesamten Arbeitszeit (beruflich und privat), die Frauen gesamt leisten, sind unbezahlt, bei Männern beträgt dieser Anteil nur ein Drittel
- 2 Stunden mehr unbezahlte Arbeit als der durchschnittliche Mann, leistet die durchschnittliche Frau in Österreich pro Tag. 3

Wollen wir diese Geschlechterkluft also langfristig beheben, müssen wir im Schulsystem ansetzen. Wir müssen einerseits anfangen, allen Jugendlichen die gleichen Chancen zuzusprechen. Andererseits müssen wir uns aber auch eingestehen, dass die Chancen nicht für alle gleich sind. Und weil Chancengleichheit eben nicht gegeben sind, müssen wir Chancengerechtigkeit schaffen. Gerechte Chancen für alle, unabhängig von Geschlecht, finanziellem und sozialem Hintergrund, den Beruf zu erlernen, für den sie sich begeistern.

Deshalb muss sich

1 Equal Pay Day

2 Equal Pension Day - Österreichischer Städtebund

3 Frauen verbringen mehr Zeit mit Arbeit als Männer

Schule klar gegen Forderungen wie eine „Herdprämie“ aussprechen. Mehr noch, Schule muss aktiv Stereotype aufbrechen und über beispielsweise Gender-Pay-Gap, Care-Arbeit und Alltagssexismus lehren. Denn nur wer sich diesem Ungleichgewicht bewusst ist, kann mithelfen, sie in Zukunft zu bekämpfen.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Thematisierung des Gender-Pay-Gap, unbezahlter Care-Arbeit und Alltagssexismus im Unterricht
- Verstärkte Förderung von Schüler*innen im MINT-Bereich mit Fokus auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis
- Ausbau von Anlaufstellen für Schüler*innen, die Diskriminierung in der Schule erfahren

Antrag 17 - Berufsschulen sind nicht der Plan B

Fabian Sporn, Neumarkt BS

Eine Anreise durch ganz Salzburg, stundelanges Sitzen, kein altersgerechter Umgang im Schüler:innenheim und wenig bis zu keinem Mitspracherecht. Genau so geht es den Salzburger Berufsschüler:innen tagtäglich.

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um das Bildungssystem intensiviert, jedoch wurde ein entscheidender Bereich oft übersehen: die Berufsschulen. Während Reformen und Debatten häufig die allgemeinbildenden Schulen adressieren, müssen wir dringend den Blick auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Berufsschulen lenken. Es ist an der Zeit, die bestehenden Ungerechtigkeiten anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu beheben.

Ein zentrales Anliegen betrifft die Teilnahme an den Sitzungen des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA). Derzeit sind nur zwei Sitzungen pro Schuljahr vorgeschrieben, was für Berufsschulen mit einem Turnus-Schulsystem zu einer ungleichen Vertretung führt. Für Schulen mit vier Turnus-Blöcken bedeutet dies, dass mindestens die Hälfte der Schülervertreter:innen an keiner SGA-Sitzung teilnehmen kann. Dies führt zu einer verzerrten Repräsentation und lässt viele Stimmen ungehört. Wir fordern daher, dass in jedem Turnus mindestens eine SGA-Sitzung stattfindet, um sicherzustellen, dass alle Turnus-Blöcke gleichermaßen vertreten sind und die Meinungen der Schüler:innen zu allen Zeiten des Jahres gleichwertig gehört werden.

Ein weiteres Problem betrifft die Zeitressourcen der Lehrlinge. Da die Ausbildung größtenteils in den Betrieben stattfindet, haben Schüler:innenvertreter:innen oft Schwierigkeiten, an relevanten bildungspolitischen Veranstaltungen teilzunehmen. Um sicherzustellen, dass sie die gleichen Chancen haben, sich für ihre Mitschüler:innen einzusetzen, fordern wir die Freistellung von Lehrlingen für offizielle SV-, LSV- und BSV Veranstaltungen während der Schul- sowie Arbeitszeit. Es ist unerlässlich, dass sie die Möglichkeit erhalten, an landes- oder bundesweiten Veranstaltungen teilzunehmen, um aktiv an bildungspolitischen Diskussionen teilzunehmen und die Interessen der Berufsschüler:innen zu vertreten.

Schließlich ist es wichtig, dass die Vertreter:innen der Berufsschulen angemessen informiert und unterstützt werden. Ein ganztägiges Seminar oder Treffen zwischen der Bildungsdirektion und den Schüler:innenvertreter:innen der Berufsschulen ist von entscheidender Bedeutung. Dieses Treffen sollte dazu dienen, sich über Anliegen und Probleme auszutauschen und über das überschulische Vertretungssystem aufzuklären. Nur durch eine solide Informationsgrundlage und einen offenen Dialog können wir sicherstellen, dass die Interessen der Berufsschüler:innen effektiv vertreten werden und dass ihre Bedürfnisse in bildungspolitischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.

Es ist an der Zeit, die Bedürfnisse und Interessen der Berufsschulen aus dem Schatten zu rücken. Es sollen endlich die Rechte und Interessen der

Berufsschüler:innen angemessen vertreten werden. Sodass jede:r Schüler:in die gleichen Chancen erhält, unabhängig von seinem:ihren Bildungsweg.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Mindestens eine SGA Sitzung in jedem Turnus an den Salzburger Berufsschulen
- Freistellung von Lehrlingen für offizielle SV-, LSV- und BSV-Veranstaltungen während der Schul- sowie Arbeitszeit
- Ein ganztägiges Seminar bzw. Treffen zwischen der zuständigen Stelle im Land mit der Berufsschul- Landesschüler:innenvertretung und den Schüler:innenvertreter:innen der Berufsschulen des jeweiligen Turnus, um sich über Anliegen und Probleme auszutauschen und über das überschulische Vertretungssystem aufzuklären

Antrag 18 - Respekt zeigen, Rassismus bekämpfen

Mary Tang, Schule

Der Ort, an dem wir einen großen Teil unserer Zeit verbringen, sollte angstfrei sein. An diesem Ort sollten wir uns wohlfühlen. Es sollte ein Ort sein, an dem wir trotz unserer Verschiedenheiten zusammen lernen, gemeinsam wachsen und gleich behandelt werden. Dieser Ort existiert nicht – er muss aber geschaffen werden! Im kürzlich erschienen „Pressestatement: Rassismus Report 2021“ von ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit), steht: „Viele Menschen erleben in Österreich Rassismus als Norm, weil Rassismus tief in unseren Strukturen und Institutionen verankert ist: im Bildungssystem, – er ist allgegenwärtig und für viele täglich spürbar.“ Denn Rassismus stoppt nicht vor unseren Schultüren. Somit sind alltäglich Schüler_innen mit diskriminierenden Aussagen von Lehrpersonen konfrontiert und müssen diese über sich ergehen lassen. Daher brauchen wir Schüler_innen eine Anlaufstelle, bei der wir diskriminierendes Verhalten von Lehrpersonen melden und uns beratschlagen lassen können. Denn eine diskriminierende Haltung wird nicht angeboren – es wird vorgezeigt und vorgelebt. Respekt zeigen, Rassismus bekämpfen!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Meldestellen für Schüler_innen, bei diskriminierenden Tätigkeiten von Lehrpersonal
- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrpersonen zu Antirassismus
- Sensibilisierung des Lehrplanes
- Überarbeitung des Lehrplans um rassistische Stereotype im Unterricht aufzuarbeiten anstatt sie zu reproduzieren.

Antrag 19 - Ist Norwegen in der EU?

Nina Proft, HLW Annahof

Ist Norwegen in der EU? Was sind Fake News?

Genau das sind alles berechnete Fragen, die man als Schüler:in stellen darf, oder auch generell, wenn man nicht gerade im EU-Parlament sitzt. Denn in der Schule wird uns das nicht gelehrt, sondern wohl eher totgeschwiegen.

Was macht politische Bildung im Unterricht? Und warum sehen sich laut der PISA-Studie nur 44 Prozent der 15-Jährigen in Österreich in der Lage, die Qualität von Informationen zu überprüfen?

Politische Bildung im Unterricht vermittelt Wissen über politische Systeme, demokratische Werte, Rechte und Pflichten der Bürger:innen sowie aktuelle gesellschaftliche Themen. Ziel ist es, kritisches Denken, Urteilsfähigkeit und politische Teilhabe zu fördern, sodass Schüler:innen informierte und engagierte Bürger:innen werden.

Politische Bildung sollte nicht erst die Stunde vor der Nationalratswahl mal zufällig erwähnt werden. Die politische Bildung ist ohne Zweifel etwas, das seit Jahrzehnten gefordert, aber bis jetzt noch nicht umgesetzt wurde. Doch genau jetzt ist der Moment, bei dem wir nicht aufhören können. Die Schule soll uns aufs Leben vorbereiten, doch warum macht sie das nicht? Warum müssen wir selbst lernen, wie die Minister:innen überhaupt in ihr Amt kommen und was überhaupt eine Koalition ist?

Meiner Meinung nach soll politische Bildung ein Grundrecht sein. Denn wir Schüler:innen verdienen es, aufgeklärt zu werden, wie unsere Demokratie funktioniert, wie das System aufgebaut ist und wie sehr uns die Politik in unserem Alltag beeinflusst. Und ich hoffe, ihr seid derselben Meinung.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Politische Bildung und Medienkunde als verpflichtendes Unterrichtsfach ab der Sekundarstufe II
- Ein Mal im Jahr verpflichtende Besuche bei demokratieprägenden Instituten
- Aufklärung über die überschulische Vertretung im Unterricht

Antrag 20 - Mehr Praxis wagen!

Sebastian Saria, BRG Salzburg

In den BMHS gibt es bereits seit Jahren verpflichtende Praktika – soweit, so klar. Schließlich geht es in diesem Schulbereich darum, theoretisches Wissen in einem fachspezifischen Praktikum anzuwenden und zu vertiefen. Außerdem erhalten die Schülerinnen und Schüler so einen Einblick in die Berufswelt.

Es mag logisch erscheinen, dass es an AHS keine solchen Praktika gibt. Schließlich soll dieser Schulbereich eine möglichst breite, allgemeine Bildung vermitteln und nicht fachspezifisch ausbilden. Doch wäre ein Praktikum nicht dennoch wichtig für eine bessere Berufsorientierung?

Durch solche Praxiserfahrungen lernen die Schülerinnen und Schüler die Berufswelt kennen und können besser einschätzen, welche Berufsfelder für sie geeignet sind – oder eben nicht. Wichtig dabei ist, dass aus einem großen Portfolio an Berufen gewählt werden kann – ganz im Sinne der AHS – und dass die Praktika freiwillig sind.

Nichtsdestotrotz sollte die Möglichkeit bestehen, solche Erfahrungen bereits während der Schulzeit zu sammeln. Damit (fast) kein Unterrichtsstoff verpasst wird, bieten sich insbesondere die Wochen vor den Sommerferien an.

Um zudem allen Schülerinnen und Schülern einen Anreiz zu geben, sich auch in den Ferien weiterzubilden, sollte diese Regelung auch für BMHS gelten – insbesondere für jene, die über die Dauer ihres Pflichtpraktikums hinaus Berufserfahrung sammeln möchten.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Das Anlegen einer Datenbank, in der Praktika für die Schülerinnen und Schüler eingesehen werden können.
- Die Freistellung von Schülerinnen und Schülern für maximal die halbe Dauer des Arbeitsverhältnisses, die ein freiwilliges Praktikum absolvieren möchten.

Antrag 21 - My Body. My Choice. My Knowledge.

Ebba Schwarzacher, Musisches Gymnasium

Rund 36.000 Mädchen besuchen im Land Salzburg eine Schule – jede einzelne muss versuchen, sich in einer Welt zu orientieren, in der Themen rund um ihre eigene Gesundheit viel zu oft tabuisiert oder nur oberflächlich behandelt werden. 36.000 Mädchen müssen sich informieren über ihren eigenen Körper, weil es zu beschämend wäre nachzufragen. Es fehlt an umfassender Aufklärung und Wissen über Themen wie Menstruation, Verhütung, hormonelle Veränderungen und gynäkologische Gesundheit. Genau diese Lücken führen dann zu Unsicherheiten und Unwohlsein in dem eigenen Körper.

Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter und es muss möglich sein, jungen Frauen den Raum zu geben, sich über ihre eigene Gesundheit und ihren Körper zu informieren, denn Bildung über den eigenen Körper ist nicht nur ein Recht, sondern eine Grundlage für eine gesunde, selbstbestimmte und gleichberechtigte Gesellschaft.

Mein Antrag soll Mädchen die Chance geben über ihre eigene Gesundheit zu lernen, zu wissen wo sie hingehen müssen wenn etwas nicht stimmt und ohne Scham nachzufragen.

Dabei wäre eine Zusammenarbeit mit diversen Gesundheitsorganisation von Vorteil um Workshops mit ÄrztInnen, Hebammen und Sexualpädagoginnen fachkundig durchzuführen. Wissen ist Macht – und Bildung über den eigenen Körper ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Die Einführung dieser Workshops wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung und gesundheitlicher Aufklärung.

Ich möchte über meinen eigenen Körper nicht im Dunkeln gelassen werden, und ich weiß die anderen 36.000 Schülerinnen Salzburgs auch nicht.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung verpflichtender Workshops für Mädchen in der Unterstufe (5.–8. Schulstufe)
- Fachkundige Durchführung von den Workshops durch Ärzt:innen, Hebammen oder Sexualpädagog:innen
- Verpflichtende Inhalte:
 - Menstruation & Zykluswissen
 - Verhütungsmethoden & deren Auswirkungen
 - Hormonelle Veränderungen & Pubertät
 - Gynäkologische Gesundheit & wichtige Untersuchungen
 - Sexuelle Gesundheit & Selbstbestimmung

Antrag 22 - Weil wir nicht mit den Geräten von gestern über das heute lernen wollen

Simon Fritzenwallner, Handelsakademie II

„Wenn wir im Heute sind, müssen wir schon für Morgen denken – die Digitalisierung unserer Schulen ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.“

Die Digitalisierung ist längst kein Zukunftsthema mehr – sie ist Realität und beeinflusst unser tägliches Leben in nahezu allen Bereichen. Während moderne Technologien in der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft bereits fest verankert sind, bleibt das Bildungssystem vielerorts hinter diesen Entwicklungen zurück. Die Schulen müssen sich anpassen, um Schüler:innen optimal auf die Herausforderungen und Möglichkeiten der digitalen Zukunft vorzubereiten. Eine umfassende Digitalisierung des Unterrichts ist daher nicht nur eine sinnvolle, sondern eine notwendige Maßnahme.

Der Einsatz digitaler Technologien im Schulalltag bietet zahlreiche Vorteile. Zum einen ermöglicht er eine effizientere Gestaltung des Unterrichts: Lehrkräfte können digitale Lernmaterialien flexibler einsetzen, interaktive Lernmethoden fördern die Motivation der Schüler:innen, und administrative Abläufe wie Korrekturen und Feedbackprozesse werden erleichtert. Darüber hinaus trägt die Digitalisierung dazu bei, wichtige Zukunftskompetenzen zu vermitteln. In einer zunehmend technologisierten Welt sind digitale Kenntnisse nicht mehr nur ein Vorteil, sondern eine grundlegende Voraussetzung für den beruflichen Erfolg.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Nachhaltigkeit. Die Verwendung digitaler Lehrmittel reduziert den Papierverbrauch erheblich und schont damit wertvolle Ressourcen. Insbesondere bei Schularbeiten und Prüfungen könnte durch digitale Formate eine enorme Menge an Papier eingespart werden. Dies ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich vorteilhaft, da Druck- und Kopierkosten gesenkt werden können.

Des Weiteren ermöglichen digitale Tafeln eine innovative und moderne Unterrichtsgestaltung. Inhalte können dynamisch angepasst und multimedial aufbereitet werden, was den Lernprozess anschaulicher und interaktiver macht. Zudem können Mitschriften und Lerninhalte gespeichert, geteilt und jederzeit abgerufen werden – ein klarer Vorteil gegenüber der herkömmlichen Kreidetafel. Die Einführung digitaler Tafeln würde somit nicht nur den Unterricht verbessern, sondern auch den Wissenserwerb der Schüler:innen nachhaltiger gestalten.

Auch der verstärkte Einsatz von PC-Räumen ist dringend notwendig. Viele Schüler:innen haben zu Hause keinen Zugriff auf moderne Computer oder spezielle Software, die in der heutigen Arbeitswelt unerlässlich sind. Mehr Unterricht im PC-Raum bedeutet, dass Schüler:innen den sicheren Umgang mit digitalen Programmen erlernen, sich mit relevanten Anwendungen vertraut machen und dadurch besser auf Studium und Beruf vorbereitet werden. Die Vermittlung von digitaler Kompetenz sollte daher ein zentrales Bildungsziel sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Digitalisierung der Schulen nicht nur eine zeitgemäße Anpassung, sondern eine essenzielle Maßnahme zur Verbesserung der Bildungsqualität ist. Schüler:innen müssen bestmöglich auf eine digitale Zukunft vorbereitet werden, und dazu gehört auch ein moderner, technologisch ausgestatteter Unterricht.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- die flächendeckende Einführung digitaler Schularbeiten
- die Ausstattung aller Klassen mit digitalen Tafeln und eine stärkere Nutzung der PC- Räume
- einheitliche Standards und Mindestanforderungen für Schulsoftware
- Verankerung der Thematisierung des Wertes von Daten und des Datenschutzes in der digitalen Grundbildung und Thematisierung in der Sekundarstufe II

Antrag 23 - Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule

Noah Brunner, HTBLuVA Salzburg

Das aktuelle Schulsystem legt großen Wert auf traditionelle Fächer wie Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften, bietet jedoch nur begrenzt praxisorientierte Inhalte, die auf die Herausforderungen des Erwachsenenlebens vorbereiten. Themen wie das Abschließen von Versicherungen, das Beantragen von Steuern oder der Umgang mit Finanzen werden nicht ausreichend behandelt, obwohl sie essenziell für ein eigenständiges Leben sind.

Ziel des Antrags:

Die Einführung zukunftsorientierter Schulfächer, die praxisrelevante Themen wie:

- Versicherungen abschließen (z. B. Haftpflicht-, Hausrat- oder Krankenversicherung)
- Steuererklärung verstehen und selbstständig anfertigen
- Grundlagen der Altersvorsorge und Investitionen
- Vertragsrecht und Mieten von Wohnungen
- Allgemeine Finanzkompetenz (z. B. Umgang mit Krediten und Zinsen)

Diese Inhalte sollen den Schüler bereits während ihrer Schulzeit das notwendige Wissen vermitteln, um auf das Leben nach der Schule besser vorbereitet zu sein.

Erwartete Vorteile:

- Bessere Vorbereitung auf das Erwachsenenleben.
- Förderung von Eigenverantwortung und kritischem Denken.
- Steigerung der Attraktivität und Relevanz des Schulunterrichts.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung eines Wahlpflichtfaches oder Workshops mit dem Titel „Lebenskompetenzen“.
- Kooperation mit externen Fachkräften (z. B. Steuerberater, Versicherungsagenturen, Verbraucherzentralen), um praxisnahe Einblicke zu ermöglichen.
- Integration einzelner Module dieser Themen in bestehende Fächer wie Wirtschaft oder Sozialkunde.

Antrag 24 - Sei eine Avocado!

Luca Ebner, SuM - Rg

Avocados sind ideal, wenn sie eine mittlere Reife haben und aus Zentralamerika stammen – genauso essenziell ist eine zentral festgelegte mittlere Reife. Doch Welche Qualifikationen benötigt man für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschulzeit sollten alle Schülerinnen und Schüler die grundlegenden Werkzeuge für ein selbstbestimmtes Leben sowie für weiterführende Bildung erhalten haben. Doch wie lässt sich sicherstellen, dass dies tatsächlich geschieht?

Der Abschluss der Schulpflicht und der Eintritt in eine weiterführende Schule sollten an das Erreichen einer positiv bestandenen zentralen mittleren Reife geknüpft sein. Allerdings soll niemand gezwungen werden, sein Leben lang die Schulbank zu drücken – daher endet die Schulpflicht spätestens mit dem 18. Geburtstag.

Die zentrale mittlere Reife soll keine verkleinerte Version der Matura sein, sondern vielmehr die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler erfassen. Statt einer umfangreichen theoretischen Prüfung sollte eine integrierte Überprüfung grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten erfolgen. Zusätzlich sollten auch grundlegende Englischkenntnisse sowie das Verständnis politischer Institutionen und wirtschaftlicher Mechanismen überprüft werden. Dabei muss eine vollständige Zentralisierung sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur sichergestellt sein.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht

Antrag 25 - Das schulische Klima! Wir müssen jetzt handeln...

Sarah Seywald, HAK Zell am See

Das Thema Umwelt und davon vor allem der Punkt Klima wird in unserer Welt, auch in unseren Schulen, zu einem immer größeren und wichtigeren Thema. Unser Schulsystem ist noch nicht auf dem Stand, auf dem es sein sollte, um klimaneutral und vor allem förderlich fürs Klima zu sein. Unmengen an Abfällen, unnötige Energieverschwendungen im Schulalltag. Schüler*innen werden nicht ausreichend aufgeklärt und motiviert, sich für ihre Welt einzusetzen. Lehrkräfte halten an alten Mustern fest, die keine Lösung der Klimakrise hervorrufen. Aber auch Aktivist*innen haben es in unserem Schulsystem schwer. Ihnen drohen Strafen und Ärger für das Fernbleiben vom Unterricht, beispielsweise wegen einer Teilnahme an einem Klimastreik. Aufklärung und Eigeninitiative sind in diesem Gebiet von größter Wichtigkeit und müssen daher umgehend gefördert werden. Es braucht nicht nur Änderungen in unseren Köpfen, sondern in allen. Setzen wir ein Zeichen und eine Stütze für unsere Welt.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Aufklärung und größere Thematisierung mit besonderem Augenmerk auf Klimaschutz im Unterricht für alle Schulen verpflichtend
- Schulische Aktionen, um das lokale Klima zu schützen ermöglichen und fördern
- Effizientere Abläufe in Schulen
- Papier sparen, digitale Medien in den Unterricht miteinbeziehen
- Verpflichtende Mülltrennung und Recycling an allen Schulen durchsetzen
- Schüler*innen für die Teilnahme an Klimastreiks oder Projekten mit der Absicht zur Verbesserung des Klimas vollständig vom Unterricht freistellen lassen.
- Mehr Angebote für interessierte Aktivist*innen (Freigegegenstand, „Klimaclub“ oder ähnliches)

Antrag 26 – „Keinen Platz für Benachteiligungen in unserem Bildungssystem“

Alexandra Zivkovic, BG/BRG Zell am See

Jede:r in unserem Schulsystem ist gleich viel wert. Ein Satz der dem ein oder anderen bekannt sein sollte. Tagtäglich wird in unserem Bildungssystem von Chancengerechtigkeit gesprochen – doch davon sind wir Meilen weit entfernt.

Wie bereits bekannt haben Schüler und Schüler:innen mit einer Lese-Rechtschreibstörung enorme Probleme beim Lesen und beim Rechtschreiben, Schüler:innen mit Dyskalkulie (DK) haben hingegen Probleme beim Verständnis und Anwenden von Zahlen, genauso wie mit dem Zeitmanagement und mit dem räumlichen Denken. Wichtig ist, dass jedes Kind mit einer Lese-Rechtschreibstörung (LRS) oder Dyskalkulie eine passende und fördernde, aber vor allem individuelle Lern- und Lebensbedingungen erhält.

Wichtig zu erwähnen ist, dass im Schnitt in jeder österreichischen Schulklasse 1-2 Kinder mit LRS oder DK sitzen. Ebenso zeigen aktuelle Studien der OECD-Studien, dass bis zu 20% unserer Schüler:innen Schwierigkeiten beim Verstehen einfacher Texte haben und 5-7% sind von Problemen mit Zahlen betroffen. Es muss Aufgabe der Schule sein auf die Bedürfnisse & Schwierigkeiten der Schüler:innen mit LRS und DK einzugehen und dementsprechend zu handeln.

Aber wie genau geht unser Bildungssystem dagegen voran? Nun ja, alle Schüler:innen mit Legasthenie – insbesondere auf höheren Schulstufen - haben das Recht auf zeitgemäße Hilfsmittel zur Überprüfung der Schreibrichtigkeit. Ebenso dürfen Schularbeiten und andere schriftliche Prüfungen nicht nach Art und Anzahl der Rechtschreibfehler benotet werden und es werden individuelle Förderpläne und spezialisierte Lernmaterialien angeboten. Schüler:innen mit einer Dyskalkulie haben das Recht auf individuelle Förderpläne und mehr Zeit bei Prüfungen, Lernhilfen & spezielle Trainings für Lehrer:innen sind ebenso vorhergesehen. Es sollte auf keinen Fall vorkommen, dass Schüler:innen aufgrund ihrer Teilleistungsschwäche benachteiligt werden oder von Lehrpersonen gesagt bekommen, dass eine höhere Schule nichts für die Betroffenen wäre.

Doch hier stellt sich mir die Frage wie viele unsere unzähligen Lehrpersonen davon Bescheid wissen und wie viele aktiv diese Hilfsmittel anbieten. Das ich alleine schon in meinem Umfeld mit 2 Händen zählen kann wie oft diese Hilfsmittel ignoriert oder erst gar nicht erwähnt werden – enttäuscht mich enorm.

Es ist höchste Zeit, dass jede und jeder Schüler und Schülerin das Recht auf Hilfsmittel hat. Ebenso sollte es selbstverständlich sein, dass jede und jeder Legastheniker und Dyskalkuliker Zugang auf eine Legasthenie/Dyskalkulie-Therapie hat und diese auch bekommt – und nicht aufgrund seiner finanziellen Lage darauf verzichten muss.

Uns allen ist es ein Anliegen, dass jede:r Schüler:in die bestmöglichen Chancen für seine/ihre Schullaufbahn hat und, dass jede und jeder von uns gleiche Möglichkeiten

hat. Also lasst uns gemeinsam Stein an Stein legen und allen Schüler:innen Salzburgs die gleichen Möglichkeiten geben!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Aufklärung von Legasthenie & Dyskalkulie an alle Lehrer:innen Salzburgs und dessen Hilfsmittel für mehr Chancengerechtigkeit
- Fördergeld für betroffene Schüler:innen für eine Legasthenie- & Dyskalkulie Therapie
- Verpflichtende Schulungen zu Legasthenie & Dyskalkulie für Lehrer:innen

Antrag 27 - Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule

Noah Brunner, HTBLuVA Salzburg

Das aktuelle Schulsystem legt großen Wert auf traditionelle Fächer wie Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften, bietet jedoch nur begrenzt praxisorientierte Inhalte, die auf die Herausforderungen des Erwachsenenlebens vorbereiten. Themen wie das Abschließen von Versicherungen, das Beantragen von Steuern oder der Umgang mit Finanzen werden nicht ausreichend behandelt, obwohl sie essenziell für ein eigenständiges Leben sind.

Ziel des Antrags:

Die Einführung zukunftsorientierter Schulfächer, die praxisrelevante Themen wie:

- Versicherungen abschließen (z. B. Haftpflicht-, Hausrat- oder Krankenversicherung)
- Steuererklärung verstehen und selbstständig anfertigen
- Grundlagen der Altersvorsorge und Investitionen
- Vertragsrecht und Mieten von Wohnungen
- Allgemeine Finanzkompetenz (z. B. Umgang mit Krediten und Zinsen)

Diese Inhalte sollen den Schüler bereits während ihrer Schulzeit das notwendige Wissen vermitteln, um auf das Leben nach der Schule besser vorbereitet zu sein.

Erwartete Vorteile:

- Bessere Vorbereitung auf das Erwachsenenleben.
- Förderung von Eigenverantwortung und kritischem Denken.
- Steigerung der Attraktivität und Relevanz des Schulunterrichts.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung eines Wahlpflichtfaches oder Workshops mit dem Titel „Lebenskompetenzen“.
- Kooperation mit externen Fachkräften (z. B. Steuerberater, Versicherungsagenturen, Verbraucherzentralen), um praxisnahe Einblicke zu ermöglichen.
- Integration einzelner Module dieser Themen in bestehende Fächer wie Wirtschaft oder Sozialkunde.